



## **Antrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

### **Gerechte Strompreise für Schleswig-Holstein**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die geplante Senkung der Stromsteuer für das Produzierende Gewerbe durch die Bundesregierung auf das europäische Mindestmaß, mit der die Industrie bei ihren Stromkosten übergangsweise entlastet werden soll. Neben dieser Steuersenkung bedarf es weiterhin der Entwicklung und Umstellung auf energieeffiziente Produktionsverfahren auf Basis Erneuerbarer Energien und der Bereitstellung von günstigem grünem Wasserstoff. Dafür ist eine allgemeine Reform der Steuern und Abgaben nötig, da sie einen großen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit beim Einsatz Erneuerbarer Energien haben.

Der Landtag nimmt die mit der erfolgten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) geschaffene Ermächtigung der Bundesnetzagentur für eine Neuordnung der Verteilnetzentgelte zur Kenntnis. Es ist darüber hinaus bedeutsam, dass die Bundesregierung künftig einen Zuschuss zur anteiligen Finanzierung der Übertragungsnetzkosten und Verteilnetzkosten zur Verfügung stellt, um den Transformationsprozess zu beschleunigen.

Die von der Bundesregierung kurzfristig beschlossene Streichung des angekündigten Zuschusses an den Übertragungsnetzkosten belastet Bürgerinnen und Bürger wie Unternehmen zusätzlich, daher fordern wir die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die negativen Folgen der kurzfristigen Änderung aufzufangen. Die weitere Belastung des Energieträgers Strom wirkt sich negativ auf nötige Umstellungsprozesse und die Sektorenkopplung aus.

Der Landtag begrüßt, dass bei der Neuordnung der Verteilnetzentgelte neben einer gerechteren Verteilung der finanziellen Lasten des Verteilnetzausbaus Anreize geschaffen werden sollten, die die Bürgerinnen und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen in der Nähe von Erzeugungsanlagen für Erneuerbaren Energien darin

bestärken, ihren Verbrauch netzentlastend zu organisieren. So können die Gesamtkosten der Energiewende gesenkt und lokale Verbraucherinnen und Verbraucher von der Energiewende unmittelbar finanziell profitieren, was die Akzeptanz erhöht. Der Landtag bittet die Landesregierung darum, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Ausgestaltung des Anreizsystems für die Flexibilisierung des Energieverbrauchs sozial ausgewogen gestaltet wird.

Der Landtag begrüßt, dass mit der genannten Novelle des EnWG grundsätzlich eine erste Regelung für das sogenannte „Nutzen statt Abschalten“ geschaffen wurde, mit der künftig Strom, der aktuell noch vor dem Netzengpass abgeschaltet wird, für die Produktion von grünem Wasserstoff und zur Wärmeerzeugung nutzbar gemacht werden soll. Aus Sicht des Landtages ist eine Erweiterung dieser Regelung auf andere netzdienliche Prozesse z.B. in der Industrie oder Landwirtschaft erforderlich.

Der Landtag stellt fest, dass eine Reform der staatlich induzierten Strompreisbestandteile, insbesondere eine sukzessive Stärkung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, sowie eine Reform der Netzentgelte, wichtige Bausteine für ein Erneuerbares Energiesystem sind. Deshalb hält der Landtag einen umfassenden Reformprozess zum Strommarktdesign für dringend erforderlich, in dem unter anderem die Vor- und Nachteile einer veränderten Gebotszonenkonfiguration und eine Flexibilisierung des Stromangebots sowie der Stromnutzung bei Erzeugern, Verbrauchern und Speichern berücksichtigt werden. Eine neue Gebotszonenkonfiguration wird ein geeigneter marktlicher und kosteneffizienter Faktor für die Ansiedlung energieintensiver Unternehmen in Regionen mit hohem Anteil Erneuerbarer Energien sein und so die Gesamtkosten und die Umsetzungsdauer der Transformation hin zur Klimaneutralität reduzieren. Daher fordern wir eine mit den Ländern abgestimmten Vorschlag für Gebotszonen und deren zügige Umsetzung.

Schleswig-Holstein will erstes klimaneutrales Industrieland werden. Um unser Industrie- und Gewerbestrompotential zu heben, setzen wir zudem auf die direkte Anbindung von erneuerbaren Energieanlagen in räumlicher Nähe.

Andreas Hein  
und Fraktion

Ulrike Täck  
und Fraktion